



WAS SAGEN DIE PARTEIEN ZU BI- UND TRANSNATIONALEN FAMILIEN AUF EUROPÄISCHER EBENE?



**Beim Familiennachzug wird das Erfordernis des Sprachnachweises in Europa unterschiedlich gehandhabt. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Sprachnachweise im jeweiligen Land und nicht schon vor Einreise erbracht werden könnten?**



Wir treten für einheitliche und pragmatische Regelungen in Europa ein. Der Erwerb von Sprachkenntnissen ist ein wichtiger Grundstein für eine erfolgreiche Integration. Gerade im Bereich des Familiennachzugs braucht es praktikable Lösungen und auch die Möglichkeit, Sprachnachweise im jeweiligen Land zu erwerben und vorzuweisen.



„Im Regelfall muss beim Familiennachzug der Sprachnachweis im Herkunftsland erbracht werden. Wir sehen derzeit keine Notwendigkeit, die bereits bestehenden Ausnahmen auszuweiten.“



„In Deutschland haben wir im letzten Jahr mit dem Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts geregelt, dass bei Ehegatten und Kindern von Fachkräften ab dem 16. Lebensjahr zukünftig vom Erfordernis deutscher Sprachkenntnisse vor der Einreise abgesehen wird. Das ist eine erhebliche Erleichterung für Betroffene“



„Ja. Sprachnachweise dürfen keine Voraussetzung für die Einreise in das Zielland sein. Wir wollen, dass es stattdessen ausreichende und niedrigschwellige Angebote für Sprachkurse in den Zielländern gibt.“



„Beim Familiennachzug wird das Erfordernis des Sprachnachweises in Europa unterschiedlich gehandhabt, was oft zur Abwanderung von Fachkräften in europäische Nachbarländer führt. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Regelungen auf EU-Ebene vereinheitlicht werden?“

Alle Mitgliedstaaten sind an die EU-Rechtssetzung sowie die Entscheidungen des EuGH gebunden. Wir haben in Deutschland dafür gesorgt, dass die Gruppe derer, die keine einfachen Sprachkenntnisse im Zusammenhang mit dem Familiennachzug aus Drittstaaten nachweisen müssen, ausgeweitet wurde.

Ob und inwieweit für den Nachzug von Familienmitgliedern aus Drittstaaten ein Sprachnachweise nachgewiesen werden muss, obliegt den jeweiligen EU-Mitgliedstaaten. Grundsätzlich haben wir ein hohes Interesse daran, dass es hierbei zu einer möglichst einheitlichen Handhabung kommt. Ohne die Zuständigkeit infrage zu stellen, wünschen wir uns hier eine sachdienliche Harmonisierung. Auch wenn wir es grundsätzlich sehr begrüßen, dass Familienangehörige bereits mit Deutschkenntnissen nachziehen, so haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, dass der erforderliche Nachweis von einfachen Sprachkenntnissen (A1) im Inland erbracht werden kann.“



**Wie wird sich Ihre Partei für eine verstärkte rechtliche Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern einsetzen, um den **Familiennachzug zu erleichtern** und sicherzustellen, dass Familien in Europa nicht getrennt werden?**



„Familien gehören zusammen und sollten nicht getrennt werden. Der Familiennachzug kann auch einen positiven Beitrag zur Integration haben und das Ankommen erleichtern. Wir setzen uns daher auf allen Ebenen dafür ein, dass Familien zusammenleben können.“



„Der Familiennachzug sollte nicht weiter erleichtert werden. Für subsidiär Schutzberechtigte sollte er ausgesetzt werden.“



„Wir Freie Demokraten setzen uns für ein gemeinsames System in Europa mit einheitlichen Standards ein. Beispielsweise setzen wir uns dafür ein, dass Asylverfahren schneller und unbürokratischer ablaufen, sodass Familien frühzeitig über ihre Bleibeperspektive informiert werden. In Deutschland haben wir im letzten Jahr mit dem Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts für bestimmte Fachkräfte die

Bedingungen erleichtert, ihre engen Familienangehörigen nach Deutschland zu bringen. Mit Blick auf den Familiennachzug zu subsidiär Schutzbedürftigen ist allerdings folgendes zu beachten: Ein Blick in die Kommunen zeigt, dass die Integrations- und Aufnahmefähigkeit vor Ort endlich ist. Deswegen haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, dass die Familienzusammenführung im Sinne der Integration und der Aufnahmefähigkeit der Gesellschaft gestaltet werden muss. Damit sind Erleichterungen beim Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten für uns derzeit ausgeschlossen.“



„Wir setzen uns im Bundestag und im Europäischen Parlament dafür ein, dass die bereits beschlossene Gemeinsame Asylpolitik in der EU (GEAS) rückgängig gemacht wird. Wir verteidigen das individuelle Recht auf Asyl. Familiennachzug muss uneingeschränkt gewährleistet werden; insbesondere für international Schutzberechtigte und andere Schutzbedürftige, die nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können. Die Familiendefinition wollen wir ausweiten auf in den Herkunftsländern nicht anerkannte gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften und auf Verwandte zweiten Grades. Wir wollen eine europäische Fluchtumlage, um Verantwortung gerecht zu teilen. Sie knüpft an die Wünsche und Interessen der Geflüchteten an und berücksichtigt bestehende Familienbindungen, sprachliche Kenntnisse und individuelle Umstände. Wir wollen einen EU-Fonds für Willkommenskommunen, der Geflüchteten Bewegungsfreiheit sichert und aufnahmebereiten Kommunen und solidarischen Städten hilft.“



**Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die Regelungen zu **Besuchsvisa** von Familienangehörigen und Partner:innen sowohl aus europäischen Ländern als auch aus Drittstaaten erleichtert und vereinheitlicht werden?**



„Wir treten für eine bessere Koordinierung der Außenpolitiken der EU-Mitgliedstaaten ein. Visa-Praktiken wollen wir vereinfachen, liberalisieren und digitalisieren. Wir setzen uns dafür ein, dass Drittstaatsangehörige, die in Europa studieren, Familienangehörige besuchen, Dienstreisen erledigen oder zum Beispiel an Konferenzen teilnehmen wollen, einfacher und schneller Zugang zu Visa bekommen.“



„Drittstaatsangehörige benötigen zur Einreise in die EU grundsätzlich ein Visum. Davon ausgenommen sind Staatsangehörige der EU, sowie weiterer Staaten, für die die Europäische Gemeinschaft mit der Visums-Verordnung die Visumpflicht für Kurzaufenthalte aufgehoben hat. Eine Allgemeine Veränderung der Besuchsvisa-Regelungen erachten wir als nicht erforderlich.“



„Wir Freie Demokraten fordern eine rasche Umsetzung einer EU-einheitlichen Digitalisierung des Visaverfahrens. Wenn diese umgesetzt ist, werden die EU-Staaten als Destinationen für visapflichtige Reisende aus Drittstaaten deutlich attraktiver. Wir sind überzeugt, dass eine konsequente Digitalisierung zu spürbaren Erleichterungen führt, sodass die Digitalisierung des Visaverfahrens unsere oberste Priorität ist.“



„Ja. Wir setzen uns dafür ein, dass der generelle Visumszwang für Schutzsuchende in der EU aufgehoben wird. Für Familienangehörige und Partner\*innen muss es darüber hinaus die Möglichkeit geben, humanitäre Visa zu erhalten, die eine legale Einreise ermöglicht.“



„Die Erteilung von Visa zum Zweck etwa des Besuchs der Familie folgt bei Drittstaatsangehörigen dem EU-Visakodex. Die Verordnung legt für den Schengen-Raum das Verfahren und die Bedingungen fest für die Erteilung der erforderlichen Kurzaufenthaltsvisa von höchstens 90 Tagen. Grds. ist für die Erteilung des Visums das Land zuständig, das das Hauptreiseziel bildet. Wenn das Hauptreiseziel nicht bestimmt werden kann, liegt es in der Verantwortung des Landes der ersten Einreise in den Schengen-Raum. Wir wollen, dass nicht nur die EU-Regeln einheitlich gelten, sondern auch die Rechtsanwendung möglichst einheitlich erfolgt. Als Hüterin der Verträge muss die EU-Kommission ein wachsames Auge darauf haben, ob die Mitgliedstaaten die gemeinsamen Regeln regelkonform anwenden, und sie muss gegen etwaige Verstöße (bspw. sog. „goldene“ Visa) vorgehen.“



**Wie wird sich Ihre Partei auf europäischer Ebene für die **Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus** einsetzen, um ein Umfeld zu schaffen, das für alle, unabhängig von 'race' und ethnischer Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter etc. sicher ist?**



„Die Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus zählt zu den grundlegenden Anliegen von uns GRÜNEN. Sicherheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Bürger\*innenrechte gelten für alle Menschen. Sie sind die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. Um das Schutzniveau in Europa zu vereinheitlichen und zu stärken sowie Schutzlücken zu schließen, wollen wir unter anderem, dass die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie endlich verabschiedet wird. Vor allem aber wollen wir die Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte der EU stärken, die den Schutz jeder einzelnen Bürgerin und jedes einzelnen Bürgers ohne Ansehen der Person garantieren. Wir wollen den Rechtsstaatsmechanismus schärfen, um die EU wirksam gegen

die Feinde der Demokratie zu verteidigen. Wenn Mitgliedstaaten gegen Rechtsstaatlichkeit verstoßen, soll ein Verfahren auch mit qualifizierter Mehrheit eingeleitet werden können (sog. Artikel 7 Verfahren). Dadurch wollen wir sicherstellen, dass einzelne Staaten nicht einfach ein solches Verfahren blockieren können. Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, soll allen hier lebenden Menschen Schutz bieten. Mitgliedstaaten, die dagegen verstoßen, müssen konsequent und finanziell sanktioniert werden.“



„Wir unterstützen den EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020 - 2025. Es braucht EU-weite Präventionsprogramme gegen Rassismus, Links- und Rechtsextremismus sowie Antisemitismus. Schon im Grundgesetz heißt es: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Nicht zuletzt der Mordanschlag von Hanau oder der Angriff auf eine Synagoge in Halle haben uns schmerzlich vor Augen geführt, dass wir den Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus noch entschlossener führen müssen als bislang. Oft reicht auch schon ein Blick in die sozialen Netzwerke, um zu spüren, wie Hass und Hetze unsere Gesellschaften bedrohen. Das dürfen und werden wir nicht hinnehmen. Diesen Kampf muss Europa gemeinsam und entschlossen führen.“



Wir Freie Demokraten wollen ein Europa der Vielfalt. Der Schutz von Minderheiten ist innerhalb einer demokratischen Gemeinschaft Voraussetzung und Anliegen des Rechtsstaats. Eine systematische Ausgrenzung von Minderheiten hat damit in Europa keinen Platz. Menschen anderer Hautfarbe oder mit Migrationshintergrund dürfen keiner Diskriminierung ausgesetzt sein. Weder für Mitgliedstaaten noch für Beitrittskandidaten darf es einen Rabatt bei der Achtung der Bürgerrechte auch von LSBTIQ geben. Mittel der EU an die betroffenen Länder sind bei Verstößen einzufrieren. Rechtsakte der EU, die gegen Diskriminierung aufgrund von Rassismus gelten, müssen künftig auch Homophobie und andere Diskriminierungen umfassen.



„Die Linke setzt sich dafür ein, den "EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020-2025" fortzuschreiben. Dazu sollen Vertreter\*innen der von Rassismus bedrohten Gruppen, Expert\*innen und Wissenschaftler\*innen bezogen werden. Darüber hinaus muss die EU auf die Mitgliedstaaten einwirken, um Racial Profiling, rassistische Polizeigewalt und institutionellen Rassismus zu bekämpfen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Initiativen und Projekte gegen Rassismus und andere Formen der Diskriminierung mit ausreichenden Mitteln dauerhaft gefördert werden. Dafür braucht es europaweite und finanziell gut ausgestattete Programme. Sie sollen Bestandteil einer europäischen Präventionsarchitektur

gegen alle Formen des Rassismus und Neofaschismus werden. Die Linke setzt sich auch dafür ein, dass die seit 2008 im Rat blockierte "horizontale Antidiskriminierungsrichtlinie" endlich angenommen wird, damit allen oben genannten Diskriminierungsgründen wirksam entgegengetreten werden kann.“



„Seit 1863 kämpft die SPD für Demokratie. Wir wissen, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität können nur in einer Gesellschaft entstehen und bestehen, die auf Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit aufgebaut ist. Die Frage der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit ist keine innere Angelegenheit des jeweiligen Mitgliedsstaates, sondern ihre Verletzung ist eine Gefahr für die gesamte EU. So wollen wir bei Rechtsstaatsverstößen Vertragsverletzungsverfahren deutlich konsequenter einsetzen als bisher. Zudem muss der Europäische Rat das Grundwerte-Verfahren des Art. 7 EUV anwenden und Mitgliedsstaaten, die systematisch gegen Grundwerte verstoßen, das Stimmrecht entziehen. Zudem wollen wir, dass Nichtregierungs- und zivilgesellschaftliche Organisationen überall dort direkt unterstützt werden, wo Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besonders unter Druck stehen. Dafür streben wir einen Sonderfonds für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit an.“



**Wie plant Ihre Partei, die gesellschaftliche Teilhabe von Migrant:innen und ihren Familien in Europa zu fördern und welche konkreten Maßnahmen werden dafür vorgesehen?**



„Europa zeichnet sich durch seine Vielfalt und das Miteinander verschiedener Menschen aus. Wir unterstützen deshalb die europäische Zivilgesellschaft dabei, sich selbst grenzüberschreitend zu denken und zu organisieren. Im Europäischen Parlament haben wir zum Beispiel erfolgreich eine Initiative für ein europäisches Vereinsrecht auf den Weg gebracht. Wir setzen uns dafür ein, dass Förderprogramme wie „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) angemessen ausgestattet werden. So fördern wir Initiativen und Selbstvertretungsorganisationen, die sich gegen Diskriminierung und für die Gleichberechtigung aller Menschen stark machen. Damit Integration gut und schnell gelingen kann, möchten wir Kommunen vor Ort unterstützen. Hierfür möchten wir den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds stärken.

Ein wesentlicher Schlüssel zur verbesserten gesellschaftlichen Teilhabe liegt im Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft und im damit verbundenen Wahlrecht. Hier haben wir als Teil der Ampelkoalition wichtige Verbesserungen beschlossen, die es Migrant\*innen, die hier leben und arbeiten, einfacher und schneller ermöglicht, Deutsche zu werden. Durch die Senkung des Wahlalters auf 16 bei der Europawahl geben wir jungen Menschen und Familien zudem eine stärkere Stimme.“



„Integration besteht aus Fördern und Fordern. Für uns gilt: Wer ein Bleiberecht in Deutschland hat, dem müssen alle Möglichkeiten für eine gelingende Integration angeboten werden. Wir erwarten, dass diese Möglichkeiten aktiv genutzt werden. Chancengleichheit und die Teilnahme aller am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben sind entscheidend für ein gutes Zusammenleben in Deutschland. Integration ist für uns ein Angebot, aber auch eine Verpflichtung zu eigener Anstrengung. Das Kennenlernen und die Achtung der Gesellschaft und des Rechts sind entscheidend. Zum Gelingen der Integration gehören unabdingbar das Verständnis, das Bekenntnis zur und die Beachtung der Werteordnung des Grundgesetzes, die Einhaltung der Gesetze und das Erlernen der deutschen Sprache. Wir fordern die Einführung verbindlicher Integrationsvereinbarungen, in welchen Rechte und Pflichten verbindlich dargelegt und vom Staat durchgesetzt werden.“



„Integration ist der Schlüssel dafür, dass Zugewanderte zu einem Teil unserer Gesellschaft werden und zu ihrem Gelingen beitragen. Sprache, Bildung und in Deutschland die Orientierung am Grundgesetz sind dabei zentrale Faktoren. Wir Freie Demokraten wollen eine Integrationspolitik, die fördert und fordert. Dazu gehören Angebote zum Erlernen der Sprache und der Gesellschaftsordnung, Integrationspaten nach kanadischem Vorbild sowie zusätzliche Integrationsmaßnahmen, die sich gezielt an Frauen, Kinder und Senioren, aber auch an besonders schutzbedürftige Personengruppen richten. Bürokratische Hürden beim Einwanderungs- und Integrationsprozess sowie bei der Arbeitsaufnahme müssen abgebaut und Partnerschaften mit Herkunftsländern geschlossen werden. Nationale Arbeitsverbote wurden zuletzt abgebaut. Wichtig ist aber auch, nach der jeweiligen Bleibeperspektive zu unterscheiden. Denn es ist nicht sinnvoll, Zugewanderte mit viel Aufwand in den Arbeitsmarkt zu integrieren, die die EU nach kurzer Zeit wieder verlassen müssen.“



„Die Linke setzt sich für einen besseren Zugang für Migrant\*innen zum Arbeitsmarkt ein, indem Qualifikationen, Berufsabschlüsse und -erfahrungen europaweit einfacher anerkannt werden. Dafür muss es auch überall niedrighschwellige Angebote für Sprachkurse geben. Zudem fordern wir ein gemeinsames EU-Wahlrecht. Es soll allen Menschen, die dauerhaft in der EU leben, das aktive und passive Wahlrecht geben. Migrant\*innen ohne Papiere dürfen nicht kriminalisiert werden. Wir setzen uns für eine EU-weit abgestimmte Legalisierungskampagne ein. Migrant\*innen ohne Aufenthaltsstatus wollen wir den Zugang zu guter Gesundheitsversorgung ermöglichen.“



„Wir stehen für ein Europa des Respekts. Auf der Grundlage unserer gemeinsamen Werte wollen wir den Wohlstand für viele, nicht nur für wenige. Respekt heißt für uns, unterschiedliche Lebensentwürfe zu respektieren und zu schützen. Es spielt keine Rolle,

welche soziale oder geografische Herkunft man hat, wie man lebt und wen man liebt, ob man jung ist oder alt. Weil wir Respekt haben vor jedem und jeder Einzelnen, sorgen wir für gleiche Chancen, ein Recht auf Teilhabe, gute Bildung und gute Arbeit. Sie sind die Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben. Respekt heißt deshalb auch für gute Arbeit zu sorgen, verbunden mit dem Versprechen der Solidarität. Mit Blick auf die Schutzsuchenden, die in die EU kommen, wollen wir einen europäischen Integrations- und kommunalen Entwicklungsfonds schaffen, durch den Städte und Kommunen, die sich bereit erklären Geflüchtete aufzunehmen, bei den Integrationskosten und zusätzlich in gleicher Höhe bei kommunalen Entwicklungskosten finanziell unterstützt werden.“



**Wird sich Ihre Partei auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass die [Visahebel](#), also Praktiken und Regelungen, die die legale Einreise erschweren, in einzelnen Mitgliedstaaten unterbleiben und stattdessen Migrationspartnerschaften mit Angeboten zur Förderung geregelter Migration europaweit umgesetzt werden?**



„Der Abschluss von Migrationsabkommen kann ein wichtiger Beitrag dazu sein, Migration besser zu steuern, wenn sie geregelte Migration konstruktiv gestaltet. Der Abschluss von Migrationsabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten muss menschenrechtsbasiert, die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Staaten partnerschaftlich und auf Augenhöhe erfolgen. Die finanzielle Unterstützung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit darf nicht von der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Migration abhängig gemacht werden. Sie soll im Gegenteil dazu dienen, die Lebensverhältnisse in Herkunftsländern zu verbessern und damit gegen Fluchtursachen wirken. Die Abkommen sollen der Bevölkerung Perspektiven geben und keine autokratischen Regime stärken. Durch umfassende Abkommen kann die Akzeptanz für die Vereinbarungen, Rückführungen und geordnete und sichere Migration geschaffen werden.“



„Wir erwarten von unseren Partnerländern bei der Entwicklungszusammenarbeit eine enge Kooperation bei der Bekämpfung von Fluchtursachen und illegaler Migration. Dazu gehört die Rücknahme eigener Staatsangehöriger. Sowohl die Europäische Kommission als auch die Bundesregierung sollen alle zur Verfügung stehenden Instrumente - insbesondere Handel, Visapolitik sowie Entwicklungszusammenarbeit - einsetzen, um die Herkunftsländer dazu zu bringen, ihre Staatsangehörigen zurückzunehmen. Auch der sogenannte Visa-Hebel kann ein zulässiges und wirksames Mittel sein, um die Bereitschaft der Herkunftsländer zur Rücknahme zu erhöhen. Die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften wollen wir vor allem dadurch erleichtern, dass die Verfahren rein digital bearbeitet werden müssen und die entsprechenden Arbeitsvisa schnell zu erteilen sind, wenn alle Voraussetzungen für eine Arbeit in Deutschland vorliegen.“





„Wir Freie Demokraten befürworten praxistaugliche und partnerschaftliche Migrationsabkommen, die unter Beachtung menschenrechtlicher Standards geschlossen werden. So kann Migration in einem geordneten Rahmen erfolgen.“



„Ja. Der Begriff der „Partnerschaft“ verschleiert ungleiche Machtverhältnisse und Interessen von EU und Drittstaaten. Das Konzept der Vorverlagerung der Grenzabwehr lehnen wir ab. Dadurch soll umgangen werden, dass die Genfer Flüchtlingskonvention verbietet, Geflüchtete an den Grenzen zurückzustoßen. Wir setzen und für ein vollwertiges Recht auf Asyl ein. Die Maßnahmen, mit denen Migration innerhalb etwa des afrikanischen Kontinents im Auftrag der EU verhindert und kriminalisiert werden soll, bedrohen Gesundheit und Leben der Menschen auf der Flucht. Zugleich werden mit finanziellen Mitteln autoritäre, undemokratische Regimes gestärkt, die wiederum Menschen zur Flucht zwingen. Wir wollen legale Fluchtwege und geordnete Asylverfahren, die mit internationalem Recht und den Menschenrechten in Einklang stehen.“



„Wir wollen mit Migrationsabkommen für mehr legale Einwanderungsmöglichkeit nach Deutschland und in die Europäische Union sorgen. Schließlich brauchen und suchen wir Fachkräfte auf der ganzen Welt. Diese Vereinbarungen sollen ein Gesamtkonzept umfassen wie z. B. den Ausbau von wirtschaftlicher Zusammenarbeit, Technologie-Transfer, Visa-Erleichterungen, Qualifizierungsmaßnahmen für den deutschen Arbeitsmarkt, Jobbörsen und die Zusammenarbeit bei der Rückkehr abgelehnter Asylsuchender. Der Abschluss möglicher Abkommen wird nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht. Zur Gestaltung solcher Migrationsabkommen hat die SPDgeführte Bundesregierung einen Sonderbevollmächtigten eingesetzt.“



**Wie wird sich Ihre Partei auf europäischer Ebene für eine gerechte und humane Migrations- und Flüchtlingspolitik einsetzen, die die Menschenrechte und Bedürfnisse von Migrant:innen und ihren Familien respektiert und schützt?**



„Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Menschenrecht auf Asyl garantiert sowie die humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen wie die UN-Flüchtlingskonvention einhält. Dabei steht für uns der Schutz besonders verletzlicher Gruppen, wie Familien und Kindern, im Vordergrund.“



„Schutzsuchende, die die EU-Außengrenzen erreichen, sollen ein Asylverfahren nach allen rechtstaatlichen Vorgaben und im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention erhalten. Die Verfahren sollen in einem sicheren Drittstaat außerhalb der EU stattfinden. Die Verfahren müssen allen rechtstaatlichen Voraussetzungen entsprechen. Bei Anerkennung soll der sichere Drittstaat den Menschen Schutz gewähren. Dies ist mit der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar, wenn der Staat beide Konventionen befolgt und man sicher sein kann, dass er Schutzberechtigte nicht abschiebt. An den EU-Außengrenzen sollen keine Personen zurückgedrängt werden (Pushbacks) oder in Staaten geschoben werden, in denen ihnen Gefahr droht. Das individuelle Recht auf ein Asylverfahren und Asyl bleibt erhalten. Nach Umsetzung des Konzepts soll die EU jährliche Kontingente Schutzbedürftiger direkt aus dem Ausland aufnehmen.“



„Wir Freie Demokraten wollen den Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration der Vereinten Nationen auch auf europäischer Ebene umsetzen. Europäische Entwicklungszusammenarbeit muss Fluchtursachen vor allem präventiv angehen und damit auf längere Sicht abmildern. Wir befürworten die Einrichtung humanitärer Schutzzonen im Einvernehmen mit den jeweiligen Staaten und mit Finanzierung der EU. Es muss außerdem die Möglichkeit geschaffen werden, den Schutzstatus unter Achtung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention auch in Drittstaaten festzustellen. Die rechtlichen Anforderungen hierfür müssen zügig geklärt werden.“

Auch der Ausbau legaler Einwanderungswege ist essenziell und reduziert irreguläre Migration nachhaltig. In Deutschland haben wir mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung die Regeln für die Einwanderung nach Deutschland anhand klarer Kriterien verbessert. Die Änderungen eröffnen legale Einwanderungswege für viele Menschen, die bisher mangels Alternativen den Weg nach Deutschland über das Asylrecht gesucht haben, ohne einen Schutzgrund zu haben. Auch um diesen Effekt zu realisieren, muss das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz durch eine Neuorganisation der behördlichen Strukturen und Verfahren im Bereich der Arbeitsmigration nun zügig praktisch umgesetzt werden.“



„Die Linke steht für eine solidarische und humane Migrations- und Asylpolitik, die die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische Menschenrechtskonvention und insgesamt die Menschenrechte und die Humanität zum Maßstab ihres Handelns nimmt. Dazu gehört ein solidarisches und humanes Aufnahmesystem, in dem eine menschenwürdige Versorgung und Unterbringung von Schutzsuchenden jederzeit uneingeschränkt gewährleistet wird. Dazu gehört auch eine zügige Familienzusammenführung und die Berücksichtigung der individuellen Belange der Schutzsuchenden. Geflüchtete an den Grenzen zurückzustoßen („pushbacks“) verstößt gegen Internationales Recht. Seenotrettung ist rechtlich verpflichtend. Wir wollen sie öffentlich, verlässlich und legal.“



**Wie steht Ihre Partei zur Durchführung einer länderübergreifenden **statistischen Erhebung durch Eurostat**, in deren Rahmen Daten zu trans-, und binationalen Familien und Partnerschaften auf der europäischen Ebene erhoben werden könnten? Wird Ihre Partei sich für eine solche Erhebung einsetzen?**



„Wir stehen für eine evidenzbasierte Politik. Dafür ist die datenschutzkonforme Erhebung von Daten besonders wichtig. Insofern ein Bedarf an der Erhebung von Daten besteht, werden wir uns hierfür einsetzen.“



„CDU und CSU erkennen die Bedeutung von qualitativ hochwertigen statistischen Daten für die Gestaltung effektiver und informierter politischer Strategien an und unterstützen generell die Arbeit von Eurostat, um fundierte Entscheidungen auf europäischer Ebene zu treffen.

Wir setzen uns für eine starke Partnerschaft und Zusammenarbeit innerhalb Europas ein. Wir unterstützen daher die Erhebung gemeinsamer Daten und Statistiken zur europäischen Integration und zum Verständnis der sozialen Dynamik in Europa. Dies gilt auch für bessere Daten im Bereich trans- und binationaler Familien und Partnerschaften.“



„Wichtig ist stets, dass Ziel und Zweck etwaiger Erhebungen gut begründet sind und der Datenschutz gewährleistet ist. Wir Freie Demokraten werden dahingehende Vorschläge zur gegebenen Zeit beraten“



„Die Erkenntnisse zur sozialen Lebensrealität von bi- und transnationalen Familien und Partnerschaften müssen verbessert werden. Die Linke setzt sich deshalb dafür ein, dass die EU Forschungsaufträge vergibt, um neue Erkenntnisse zu gewinnen. Als öffentliche Behörde sehen wir das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) in der Pflicht, zu solchen Erkenntnisgewinnen beizutragen. Neben statistischen Erhebungen müssen auch qualitative Untersuchungen zur Lebenssituation von bi- und transnationalen Familien und Partnerschaften in der EU gefördert werden.“



„Statistische Daten und Indikatoren sind für eine verantwortungsbewusste faktengestützte Politik von erheblicher Bedeutung. Angesichts des Gebots der Datensparsamkeit und der Grundsätze des Datenschutzes wäre es erforderlich, die Gründe für die Datenerhebung festzulegen, warum und wofür die Daten zu trans-, und binationalen Familien und Partnerschaften zentral von Eurostat erhoben werden sollen. Angesichts der nationalen Zuständigkeit für die Regelung des Nachzugs von Familienangehörigen aus Drittstaaten, müsste zudem eine Vergleichbarkeit der Datensätze gegeben sein.“